

(Abg. Lieberasch.)

(A) weil die völkische und faschistische Bewegung völlig zusammengebrochen ist! Also abwarten! Man will mit dem Bolschewismus graulich machen, um gegen die Kommunisten schärfere Mittel anwenden zu können. Wir fürchten uns davor nicht. Wir sagen aber von dieser Stelle aus erneut, was in der Erklärung der kommunistischen Fraktion an die Arbeiterschaft festgestellt wird: das Manöver der Sozialdemokratie in Verbindung mit den bürgerlichen Parteien geht darauf hin, die Erwerbslosen unter dem Schein einer Erwerbslosenunterstützung und der Versicherung einer Besserung zu betrügen, die Verhältnisse für die Erwerbslosen weiter zu verschlechtern und die Zwangsarbeit in Deutschland für die Arbeiterschaft einzuführen. Das stellen wir fest und rufen die Arbeiterschaft von hier aus zum Kampfe um ihre Existenz, um ihr Stück Brot auf. (Lärm.)

**Präsident:** Herr Abg. Lieberasch hat versucht, Herrn Vizepräsidenten Dr. Hübschmann zu unterschreiben, er habe mit seiner Fragestellung auf Unterstützung die kommunistischen Anträge unmöglich machen wollen. Herr Abg. Lieberasch muß als Mitglied des Vorstandes wissen, daß Herr Dr. Hübschmann wie auch jeder andere präsidierende Kollege nicht anders verfahren darf; denn in § 29 der Geschäftsordnung steht zwingend:

Die Beratung darf nur dann eröffnet werden, wenn zehn Abgeordnete den Antrag auf Beratung unterstützen.

(B) **Abgeordneter Lieberasch** (zur Geschäftsordnung): Ich will zu dieser Erklärung des Herrn Präsidenten feststellen, daß zwei Anträge über ein und dieselbe Materie zur Behandlung stehen, daß für die Unterstützung des einen Antrages, des sozialdemokratischen Antrages, 41 Abgeordnete vorhanden sind und daß man aus diesem Grunde, weil die Materie sowieso besprochen wird, diese Fragestellung verbinden kann, wenn nicht die Absicht bestand, von vornherein die kommunistischen Anträge auszuschalten.

**Präsident:** Auch Herr Abg. Lieberasch wird die Geschäftsordnung des Sächsischen Landtages nicht aus der Welt schaffen können. In der Geschäftsordnung des Sächsischen Landtages steht nichts von Materie, sondern zwingend: „den Antrag“, nicht: die Materie; und der Antrag des Herrn Abg. Wirth u. Gen. ist keine Materie, sondern ein Antrag, und wir haben bisher in allen Fällen in gleicher Weise verfahren müssen. (Widerspruch b. d. Komm.) Sie irren; wenn Sie das Gegenteil behaupten, so haben Sie es vergessen.

**Abgeordneter Renner** (zur Geschäftsordnung): Der Herr Präsident scheint hier nicht ganz im Bilde zu sein. Ich gebe zu, daß nach der Geschäftsordnung formal der Herr Präsident recht hat. Formal besteht nach der Geschäftsordnung die Notwendigkeit, daß ein Antrag, der besprochen werden soll, von 10 Abgeordneten unterstützt werden muß; aber es besteht nicht die zwingende Bindung. (Präsident: Doch!) Das wollte ich noch feststellen. Dann ist die zwingende Bindung im Verlaufe der letzten Jahre dazumal durchbrochen worden, indem man von dieser Praxis abgegangen ist bei anderen Anträgen, bei

demokratischen Anträgen sowohl wie bei Anträgen anderer Fraktionen. Darüber kann man nicht streiten, das läßt sich aus dem Protokoll sehr einfach nachweisen, und hier war die ganz bestimmte Tendenz bei der Fragestellung des Präsidiums, die Besprechung der kommunistischen Anträge heute unmöglich zu machen.

**Präsident:** Die kommunistische Fraktion hatte früher 10 Mitglieder, infolgedessen war es in diesem Falle nicht nötig, die Unterstützungsfrage zu stellen. Es ist früher nur nötig gewesen bei der Demokratischen Fraktion, da ist es verschiedene Male unter den gleichen Verhältnissen geschehen.

Der Vorstand kann sich aber durch solche Einwendungen aus dem Hause nicht von seiner Pflicht abwenden lassen, die Geschäftsordnung folgerichtig durchzuführen, weil sonst die Gefahr besteht, daß von anderer Seite der Einspruch kommt: Bitte, der Antrag ist nicht genügend unterstützt, er darf gar nicht behandelt werden. Das zu verhindern, ist die Pflicht des Vorstandes.

Wir werden uns also von unserer Pflicht nicht abwenden lassen.

**Abgeordneter Grellmann** (zu einer tatsächlichen Bemerkung): Ich habe richtigzustellen: mein Gespräch mit Herrn Minister Dr. Reinhold hatte zum Zweck und Hauptinhalt, ihn darüber zu benachrichtigen, daß Bestrebungen im Gange waren, die Grenzen Deutschlands für schwedische Steine bis nach Berlin hin zu öffnen. Ich habe ihn daraufhin im Auftrage sowohl von Arbeitern als auch von Arbeitgebern gebeten, ob es möglich sei, bei der Reichsregierung dagegen vorstellig zu werden.

Ich stelle nicht in Abrede und habe es nie getan, daß ich bei dieser Gelegenheit beiläufig über den Steinbruch meines Schwiegervaters gesprochen habe. Herr Dr. Reinhold hat folgendes über dieses Gespräch gesagt: „Sie haben nur über den Steinbruch Ihres Schwiegervaters mit mir gesprochen.“ Später: „Das Gespräch hat zwei Minuten gedauert und hat sich darauf beschränkt, daß mir diese Mitteilung gemacht worden ist.“ Dann später: „Ich weiß genau, was ich sage und behaupte. Was ich behaupte, ist, . . . daß Sie mir in die en zwei Minuten in der Hauptsache vom Steinbruch Ihres Schwiegervaters Mitteilung gemacht haben.“ Der Zwischenruf des Herrn Dr. Reinhold hatte demnach eine ausgesprochene Tendenz, und nach dieser Gegenüberstellung überlasse ich es der Öffentlichkeit, was man von der Genauigkeit ministerieller Aussagen, (Lachen i. d. Mitte) wenigstens der Aussagen des Herrn Finanzministers Reinhold zu halten hat. (Zurufe und Lachen.)

**Präsident:** Wir kommen zur Abstimmung. Es ist beantragt, die Anträge Nr. 1567, 1571 und 1582 zur weiteren Beratung dem Haushaltsausschuß B zu überweisen.

Wer dafür ist, bleibe in seiner Verfassung, wer dagegen ist, erhebe sich.  
Einstimmig.

Damit sind wir am Schlusse der heutigen Sitzung angelangt. Ich schließe die Sitzung.

(Schluß der Sitzung 4 Uhr 26 Minuten nachmittags.)